

Péter Nagy

## DIE FACHLITERATUR ZUR VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT IN UNGARN<sup>1</sup>

*The Literature of the Administrative Jurisdiction in Hungary*

**Nagy, Péter** tanársegéd / wissenschaftlicher Assistent, doktorandusz / Doktorand  
Károli Gáspár Református Egyetem Állam és Jogtudományi Kar / Károli-Gáspár-  
Universität der Reformierten Kirche, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften,  
[nagy.peter@kre.hu](mailto:nagy.peter@kre.hu)

*Der Artikel analysiert die zum Thema der ungarischen Verwaltungsgerichtsbarkeit veröffentlichte Fachliteratur von den Anfängen bis heute. Es wurden nach wissenschaftlichen Methoden verfasste Werke gesammelt, die verschiedenen publizistischen Schriften und Zeitungsartikel wurden nicht berücksichtigt. Die ungarische Fachliteratur der Verwaltungsgerichtsbarkeit begann mit der Arbeit von Győző Concha aus dem Jahr 1877. Während des Bestehens des Richterforums war die wichtigste Frage seine Umwandlung in ein zweistufiges. Nach der Zeit des Sozialismus wurden ab dem Systemwechsel erneut zahlreiche Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht, das wegen der Gesetzgebung im Jahr 2010 mehr und mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückte.*

### SCHLÜSSELWÖRTER:

Bibliografie, Rechtsgeschichte, Verwaltungsgeschichte, Fachliteratur, Verwaltungsgeschichtshof

<sup>1</sup> Die Arbeit wurde im Rahmen des Prioritätsprogramms mit der Kennnummer KÖFOP-2.1.2-VEKOP-15-2016-00001 und dem Titel „Entwicklung des Öffentlichen Dienstes mit dem Ziel einer Guten Öffentlichen Verwaltung“ an der Károli-Gáspár-Universität der Reformierten Kirche im Auftrag der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst angefertigt.

*A tanulmány a magyar közigazgatási bírászkodás témájában megjelent szakirodalmat vizsgálja a kezdetektől napjainkig. A tudományos módszerrel írt művek kerültek gyűjtésre, a különböző publicisztikák, napilapokban megjelenő cikkek ebből az összefoglalásból kimaradtak. A közigazgatási bírászkodás magyar szakirodalmá Concha Győző 1877-es munkájával kezdődött. A bírói fórum fennállása idején a legfontosabb kérdés a bírói fórum két fokúvá tétele volt. A szocializmus időszakát követően a rendszerváltástól kezdve a téma újból számos publikációban jelent meg, amely a 2010-es évek jogalkotása miatt még jobban a figyelem középpontjába került.*

**KULCSSZAVAK:**

bibliográfia, jogtörténet, közigazgatási bíróság, közigjogtörténet, szakirodalom

*The study examines different scientific literatures published about the Hungarian administrative jurisdiction from the beginning to the present day. Besides the scientific papers were collected, other kind of publications, such as articles in newspapers have been omitted from it. The literature of Hungarian administrative jurisdiction began in 1877 with Győző Concha's paper. The most important issue was to make the two levels judicial forums during the existence of the judicial forum. After the period of socialism and the democratic transition the topic occurred again in numerous publications, which was even more the centre of attention because of the legislation in the 2010s.*

**KEYWORDS:**

bibliography, history of law, administrative court, public history, scientific literature

## 1. DIE GEBURTSTUNDE DER UNGARISCHEN FACHLITERATUR ZUR VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT

Die Anfänge der ungarischen Fachliteratur der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind relativ gut einzugrenzen: Die erste diesbezügliche Abhandlung war die 1877 in einem selbstständigen Band erschienene Arbeit von Győző Concha mit dem Titel „*Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Relation zur Verfassungsmäßigkeit und zum Individualrecht*“. Diese Veröffentlichung war zugleich ein wichtiger Meilenstein des Themas. In der vorangegangenen Periode tauchte das Thema eher im Rahmen politischer Diskussionen auf. Auf diese Weise kam es aber immer öfter in Zeitschriften und Tageszeitungen zur Sprache. „*Die bittere Lehre aus den parlamentarischen Diskussionen des frühen Dualismus war, dass wissenschaftliche Aspekte bei verfassungsrechtlichen Fragen in Verbindung mit dem Einbringen von Gesetzesentwürfen durch die Regierung kaum eine Rolle spielten.*“<sup>2</sup> Für die seinerzeitige Regierung waren die während des Dualismus entstandenen Werke entscheidend. Die Opposition dagegen bezog sich eher auf die Arbeiten von Lajos Kossuth, die dieser während seiner Emigration verfasst hatte. Die im Abgeordnetenhaus am häufigsten zitierten Zeilen im Zusammenhang mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit waren die Zitate von József Eötvös, die ein Bekenntnis zum Vorrang der richterlichen Macht darstellten.<sup>3</sup>

Eine ähnliche Wirkung hatte die 1875 erschienene, von Lajos Takács übersetzte Arbeit Rudolf von Gneists mit dem Titel „*Der Rechtsstaat*“.<sup>4</sup> Zu erwähnen sind noch die theoretische Analyse von Béla Grünwald, „*Unsere Verwaltung und die Freiheit*“<sup>5</sup> und das politische Handbuch von Gyula Kautz, in dessen nach 1876 erschienenen Ausgaben diese Frage kurz erörtert wird.<sup>6</sup>

Die bereits erwähnte Arbeit des jungen Győző Concha<sup>7</sup>, die auf besondere Resonanz traf, diskutierte diese Frage in sechs Kapiteln und drei gedanklichen Einheiten. Als erstes skizzierte er die Entwicklungsgeschichte des richterlichen Schutzes durch das öffentliche Recht. Es folgte der rechtstheoretische Teil, und zum Schluss stellte er seine theoretischen Experimente einer positiven Gesetzgebung und seine eigenen Lösungsvorschläge vor.

Die Arbeit von Lajos Gruber aus dem Jahr 1877 untersuchte die Theorie der Verwaltungsgerichtsbarkeit hauptsächlich nach rechtsgeschichtlichen und rechtsvergleichenden Aspekten. Wie er bereits im Vorwort schrieb, hatte die Budapester Königliche Universität für das akademische Jahr 1876/77 eine Ausschreibung zu diesem Thema veröffentlicht. Gruber beabsichtigte die oben genannte Arbeit, bestehend aus verschiedenen, in Zeitschriften erschienenen Studien, bei dieser Ausschreibung einzureichen. Als er mit seiner Arbeit anfang, hatte sich noch niemand mit dem Thema auseinandergesetzt. Unterdessen

<sup>2</sup> STIPTA 1997, 121.

<sup>3</sup> EÖTVÖS 1851.

<sup>4</sup> GNEIST 1872, VI, 275.

<sup>5</sup> GRÜNWARD 1876, [2], 143.

<sup>6</sup> KAUTZ 1877<sup>3</sup>, 398–409.

<sup>7</sup> CONCHA 1877, 123.

publizierte aber Concha seine Studie.<sup>8</sup> Zu dieser Thematik hat Gruber zwischen 1877 und 1884 noch zahlreiche Artikel veröffentlicht, die nicht nur die Realisierbarkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ungarn, sondern auch europäische Beispiele analysierten.<sup>9</sup>

Als bedeutender ungarischer Autor dieser Ära gilt auch Rezső Dell'Adami, der am 9. Mai 1880 bei der Vollversammlung des Ungarischen Juristenvereins einen Vortrag zum Thema Justiz und Reformen der Verwaltung im Hinblick auf die Gewaltenteilung hielt.<sup>10</sup> Die Aussagen Dell'Adamis wurden später von Győző Concha in der Zeitschrift *Magyar Igazságügy* [Ungarische Justiz] kritisiert.<sup>11</sup> Ignác Kuncz untersuchte in mehreren Abhandlungen die Verwaltungsgerichtsbarkeit aus staatstheoretischer und rechtsphilosophischer Sicht.<sup>12</sup>

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit war auch eines der Kernthemen der Achten Ungarischen Juristenversammlung 1882.<sup>13</sup> Eine Stellungnahme im Voraus gab lediglich Győző Concha ab.<sup>14</sup> Der Vortragende war Gyula Lánczy<sup>15</sup>, aber auch Rezső Dell'Adami, Kálmán Kovács und Antal Günther ergriffen das Wort. Schließlich haben die Teilnehmer den Vorschlag von Gyula Lánczy mit kleineren Änderungen angenommen.

Károly Kmety hielt am 7. März 1891 im Rahmung der Vollversammlung der Ungarischen Juristenvereinigung einen Vortrag „Über die Regelung der Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte“.<sup>16</sup> Gyula Csillag hielt im selben Jahr am 18. April, basierend auf dem Vortrag von Kmety, eine kurze Rede, bei der er sich mit dem Platz der Verwaltungsgerichte in der Theorie der Gewaltenteilung auseinandersetzte und sich für die „Spezialverwaltungsgerichte“ stark machte.<sup>17</sup> In derselben Sitzung meldete sich auch Zsigmond Reichard zu Wort und versuchte die Frage zu beantworten, ob die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts auf die generelle oder die aufzählende Art und Weise festgelegt werden solle.<sup>18</sup>

Der von Károly Hieronymi vorgeschlagene Gesetzesentwurf – eingereicht am 29. November 1893 – löste heftige Diskussionen aus.<sup>19</sup>

Die Ungarische Juristenvereinigung beschäftigte sich im Januar 1894 bei jeder Vollversammlung in einer Vortragsreihe, die große Aufmerksamkeit auslöste, mit dem Thema Verwaltungsgerichtsbarkeit. In dieser teilten anerkannte theoretische und praktische

<sup>8</sup> GRUBER 1877b, XVI, 495.

<sup>9</sup> GRUBER 1877a. GRUBER 1877c, 22–45.

<sup>10</sup> DELL'ADAMI 1880, 1–32.

<sup>11</sup> CONCHA 1880, 555–561.

<sup>12</sup> KUNCZ 1884, 49–50. KUNCZ 1887, 27. KUNCZ 1878.

<sup>13</sup> MARKÓ 1882, 350–352.

<sup>14</sup> CONCHA 1881, H. 5, 359–392. H. 6, 465–491.

<sup>15</sup> LÁN CZY 1883, 27–49.

<sup>16</sup> KMETY 1891, 37.

<sup>17</sup> CSILLAG 1891, 7.

<sup>18</sup> REICHARD 1891, 17.

<sup>19</sup> *A közigazgatási bíróságokról szóló törvényjavaslat* [Gesetzesentwurf über die Verwaltungsgerichte], 1893, 1–11. *A közigazgatási bíróságokról szóló törvényjavaslat bizottsági tárgyalása* [Die Ausschlussdebatte zum Gesetzesentwurf über die Verwaltungsgerichtshöfe]. 1894, 2–3.

Experten wie Győző Concha, Zsigmond Reichard,<sup>20</sup> Gyula Lánczy,<sup>21</sup> Károly Némethy und György Lukács<sup>22</sup> ihr Wissen mit den zahlreichen Interessenten. An der darauffolgenden Debatte nahmen Győző Concha, Zsigmond Reichard, Gyula Lánczy, Károly Némethy, György Lukács und Károly Neumann teil. Laut der Bewertung durch János Martonyi „trugen ihre Ausführungen in großem Maße zur Klärung der theoretischen Aspekte bei und ebneten wirkungsvoll den Weg für ein Gesetz zur Errichtung eines Verwaltungsgerichts. Insbesondere trugen sie dazu bei, dass die Regierung von der Idee, eine untere Instanz in der Organisation der Gerichtshöfe einzurichten, Abstand nahm.“<sup>23</sup>

## 2. FACHLITERATUR ÜBER DIE VERABSCHIEDUNG DES VERWALTUNGSGERICHTSBARKEITSGESETZES

Nachdem Sándor Wekerle 1896 von Kaiser Franz Joseph an die Spitze des Verwaltungsgerichts ernannt wurde, erschien eine Reihe von Fachartikeln – erst über die Anfänge und später auch über die Bewertung der ersten Jahre des Verwaltungsgerichts.

In der Periode nach der Verabschiedung des Verwaltungsgerichtsbarkeitsgesetzes wurden verschiedene Kommentare und Erläuterungen veröffentlicht. Hier sind insbesondere die Arbeiten von Károly Némethy, Dezső Falcsik und László Zabulik hervorzuheben.<sup>24</sup> Zabulik hat im ersten Schritt den Gesetzestext mit Kommentaren versehen und später einen 200 Seiten langen Wegweiser dazu veröffentlicht. Károly Kmety publizierte das umfassende Handbuch zum Verwaltungsrecht, in dem er dem Verwaltungsgericht ein eigenes Kapitel widmete.<sup>25</sup>

1901 analysierte Nándor Baumgarten<sup>26</sup> in einem Vortrag vor der Vollversammlung der Ungarischen Juristenvereinigung die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts im Bereich der Bahnangelegenheiten, über die damals mehrere juristische Fachzeitschriften berichteten.

1903 erschien das alphabetische Handbuch über die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts von Kálmán Mészáros, das auch die praktische Rolle des Finanzverwaltungsgerichts beschrieb.<sup>27</sup>

<sup>20</sup> CONCHA u. REICHARD 1894, 23.

<sup>21</sup> LÁNCZY 1894, 27.

<sup>22</sup> NÉMETHY u. LUKÁCS 1894, 36.

<sup>23</sup> MARTONYI 1972, 6.

<sup>24</sup> NÉMETHY 1897, X, [2], 368. FALCSIK 1897, 203. ZABULIK 1897, IV, 377. Spätere Sammlung: TÉRFI 1910, 1025.

<sup>25</sup> KMETY 1897, 211–249.

<sup>26</sup> BAUMGARTEN 1901, 1–56.

<sup>27</sup> *A közigazgatási Bírósági Döntvények és elvi jelentőségű határozatok Betűsoros Kézikönyve 1884–1902. évekről* [Das alphabetische Handbuch der gerichtlichen Entscheidungen und prinzipiell bedeutenden Beschlüsse aus den Jahren 1884–1902]. 1903.

Elek Boér veröffentlichte seine Monografie zum Thema Verwaltungsgerichtsbarkeit erstmals 1903 und in stark überarbeiteter Form 1907.<sup>28</sup> Im Vorwort der ersten Ausgabe machte er deutlich, dass die Diskussionen der Jahrhundertwende insbesondere vom subjektiven öffentlichen Recht beherrscht waren. Die Frage, die das Buch zu beantworten versuchte, war, ob das subjektive öffentliche Recht existiert, und wenn ja, ob es möglich ist, dieses im Bereich des Verwaltungsgerichtsbarkeit zu schützen. Bei seiner Analyse wählte er als Ausgangspunkt die gegensätzlichen Auffassungen von Geist und Bähr. In der von Grund auf überarbeiteten zweiten Ausgabe teilte er das Thema in zwei wichtige Aspekte auf: Im ersten (allgemeinen) Teil behandelte er die Ziele, den Gegenstand und die Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Im zweiten (spezifischen) Teil analysierte er die ungarische Verwaltungsgerichtsbarkeit und ihr Prozessverfahren.

Erst Anfang des 20. Jahrhunderts gab es, als Reflexion der Praxis, vermehrt Entscheidungen und Änderungsvorschläge.<sup>29</sup> Nachdem Wekerle erneut in der Landespolitik aktiv geworden war, wurde 1906 Gyula Wlassics für den Posten des Präsidenten des Verwaltungsgerichts gewählt. Diese Änderung wurde auch durch die relevanten Fachzeitschriften aufmerksam mitverfolgt, und so widmeten sie der Person des neuen Präsidenten einige Beiträge.<sup>30</sup> Es ist insbesondere der in der *Jogtudományi Közlöny* [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen] anonym erschienene kurze Beitrag zu erwähnen, der (wahrscheinlich um den Standpunkt der Redaktion zu verdeutlichen) im Plural formuliert ziemlich konkrete Erwartungen in Richtung des neuen Präsidenten<sup>31</sup> kommunizierte, wie zum Beispiel die Realisierung der Trennung vom Gericht und politische Absichten durch Änderung und Ergänzung des Verwaltungsgerichtsbarkeitgesetzes.

Die 1906 veröffentlichte Abhandlung von Dezsó Hattyuffy erörterte, inwiefern die Komitate hinsichtlich ihrer richterlichen Kompetenz einem gesonderten Oberverwaltungsgerichtshof untergeordnet werden sollten, um die Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu garantieren. Für die Organisation war das in ihrer damaligen Form nicht möglich gewesen, da sie zu diesem Zeitpunkt in ihrer Handlungsmacht sehr eingeschränkt war.<sup>32</sup>

Im November 1907 hielt Elek Boér bei einer Vollversammlung der Ungarischen Juristenvereinigung einen Vortrag, in dem er das Verwaltungsgericht würdigte. Gleichzeitig forderte er, dass es den Munizipien möglich sein müsse, Schutz durch das Verwaltungsgericht in Anspruch zu nehmen. Er war der Auffassung, dass das Verhältnis der Munizipien weder zur Regierung noch zur staatlichen Verwaltung hinreichend geklärt sei. In diesem Bereich stand dem Verwaltungsgericht nur ein kleiner Kompetenzbereich zur Verfügung.

<sup>28</sup> BOÉR 1907, X, 303.

<sup>29</sup> ZABULIK 1901, [2], 53.

<sup>30</sup> *A m. kir. közigazgatási bíróság új elnöke. Wlassics Gyula* [Der neue Präsident des ungarischen königlichen Verwaltungsgerichts, Gyula Wlassics]. 1906, 2–3.

<sup>31</sup> *A kir. közigazgatási bíróság új elnöke* [Der neue Präsident des ungarischen königlichen Verwaltungsgerichts]. 1906, 139–140.

<sup>32</sup> HATTYUFFY 1906, 1–2.

Laut Boér wäre der wesentlichste Vorteil einer Änderung gewesen, dass sich die Selbstverwaltungen auf diese Weise mithilfe rechtsstaatlicher Methoden den zur Gesetzeswidrigkeit neigenden zentralen Organen würden widersetzen könnten.<sup>33</sup>

In seiner Studie „*Die Verwaltungsgerichtsbarkeit der ersten Instanz*“ berichtete István Eged über die Anfänge der jahrzehntelangen Diskussion zum Thema Befugnisse und Überlastung des Verwaltungsgerichts. Als das Verwaltungsgericht eingerichtet wurde, war seine Zuständigkeit taxativ eingeschränkt, und so hatte die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ungarn „*das Wesen eines auf bestimmte Fälle begrenzten Instituts*.“ Diese Einzelaufzählung erwies sich mit der Zeit aber als nicht ausreichend, und von Jahr zu Jahr wurden durch eine Reihe von Gesetzen und Ministerialerlässen dem Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsgerichts immer wieder neue Fälle zugeordnet. 1916 kämpfte das aus 40 Mitgliedern bestehende Gericht mit anhaltender Überlastung. Die Erhöhung der Anzahl der Richter war aber durch das Wesen des Gerichts nicht durchsetzbar. In der Periode davor trieben die neuen Wekerle-Steuergesetze die Richter bis an ihre Auslastungsgrenze. Gyula Wlassics sprach sich offen gegen die negativen Konsequenzen aus. In seiner Studie – erschien 1912 in der Zeitschrift *Jogállam* [Rechtsstaat] – zeigte er die unreal hohe Anzahl von Fällen auf: Bereits 1909 lag diese in Ungarn um die 40 000, während das österreichische Verwaltungsgericht nur 15 000 Fälle bearbeiten musste.<sup>34</sup>

Wichtige Quellen aus dieser Zeit sind, neben den wissenschaftlichen Artikeln von Gyula Wlassics, auch die Mitschriften seiner zu Beginn eines jeden Jahres gehaltenen Reden.<sup>35</sup> Auch Artikel, die anlässlich bedeutsamer Jahrestage erschienen sind, enthalten viele relevante Information, unter anderem Kritiken sowie Zahlen, Themen und Beziehungen zwischen den bestehenden Problemen. Diese Publikationen wurden von den hinter den Zeitschriften stehenden Fachgesellschaften veröffentlicht.<sup>36</sup>

### 3. DAS VERWALTUNGSGERICHT NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

1922 feierte das Verwaltungsgericht sein 25-jähriges Bestehen. Das nahm Károly Némethy zum Anlass, um die bisherigen Erkenntnisse in einem Artikel in der *Magyar Közigazgatás* [Ungarische Verwaltung] aufzuzeigen. In dieser Veröffentlichung skizzierte er die beiden wichtigsten Problembereiche, die bereits bei der Formulierung des Gesetzes vorhanden waren: die Fragenkomplexe zur Organisation und zur Zuständigkeit. Es war absehbar, dass es unmöglich ist, einen vollkommenen Rechtsschutz zu gewähren, wenn eine unvollständige Organisation, das heißt ein mit unzureichender Entscheidungsmacht ausgestattetes Gericht, sowie eine unvollständige taxativ festgelegte Zuständigkeitsdefinition, also

<sup>33</sup> BOÉR 1908, 1–46.

<sup>34</sup> EGED 1916, 188–221.

<sup>35</sup> WLASSICS 1912, 32–43.

<sup>36</sup> *Wlassics, Gyula jubileuma* [Jubiläum von Gyula Wlassics]. 1915, 239.

ohne eine Grundsatzdefinition, vorhanden ist. Er betonte mit Nachdruck, all das könne vor einer Reform der Verwaltungsorganisation nicht verwirklicht werden.<sup>37</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Eröffnungsreden der Präsidenten regelmäßig und wegweisend. Oft veröffentlichten die Fachzeitschriften dazu ein kurzes Fazit, das in vielen Fällen auch in Tageszeitungen Diskussionen generierte.

Unter den Experten der Rechtswissenschaften waren die Hauptprobleme im Bereich Verwaltungsgerichtsbarkeit unverändert die Restrukturierung der Organisation und die Anpassung der Zuständigkeiten an die realen Anforderungen. Die meisten Artikel und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen behandelten vor allem die Frage um den Ausbau einer zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Diese Publikationen begleiteten mit variierender Intensität die ganze Ära. Gyula Wlassics formulierte es in einem seiner 1924 veröffentlichten Artikel so, dass das Ziel die Entlastung sein müsse, und erst wenn das erreicht sei, sei die Erweiterung der Befugnisse des Verwaltungsgerichts möglich.<sup>38</sup> Die diesbezüglichen wissenschaftlichen Abhandlungen erörterten außer der Hauptproblematik auch etliche Detailfragen.

Nachdem Gyula Wlassics 1935 – nach fast 30 Jahren – den Posten des Präsidenten des Verwaltungsgerichts verließ, wurde Endre Puky zum neuen Präsidenten ernannt. Neben seinen Eröffnungsreden veröffentlichte er auch eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten.

Kaum 22 Jahre alt war János Martonyi 1932 bei der Veröffentlichung seines ersten Beitrags zum Thema mit dem Titel *„Die Verwaltungsgerichtsbarkeit und ihre neuzeitliche Entwicklung“*.<sup>39</sup> Er publizierte im Laufe seiner Karriere zahlreiche weitere bedeutende wissenschaftliche Artikel.<sup>40</sup> Nach Meinung von István Szűcs engagierte sich von den Rechtsexperten am intensivsten Martonyi beim Thema Verwaltungsgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Staats- und Rechtswissenschaften.<sup>41</sup> Er untersuchte unter anderem auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit einiger europäischer Länder wie zum Beispiel Frankreichs, der Tschechoslowakei und des nationalsozialistischen Deutschland.<sup>42</sup>

József Pap stellte die Zusammenfassung seines Vortrags vom April 1940 in der Sitzung der Ungarischen Juristenvereinigung mit dem Titel *„Der richterliche Rechtsschutz in der Verwaltung“* vor.<sup>43</sup>

Diese Ära brachte einige Arbeiten hervor, in denen die die Verwaltungsgerichte betreffende Rechtsausübung und ihre für die Rechtstheorie bedeutsamen Entscheidungen gesammelt oder analysierten wurden.

Nach dem Rücktritt von Puky übernahm den Posten des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs erst Iván Rakovszky, später Endre Borsos.

<sup>37</sup> NÉMETHY 1922, 1–2.

<sup>38</sup> WLASSICS 1924, 1–7.

<sup>39</sup> MARTONYI 1932, 80.

<sup>40</sup> MARTONYI 1939b, 158. MARTONYI 1940, 148–160. MARTONYI 1944, 23.

<sup>41</sup> SZŰCS 1980, 373.

<sup>42</sup> MARTONYI 1934, 546–567. MARTONYI 1938, 48–56. MARTONYI 1939a, 105–119.

<sup>43</sup> PAP 1940, 143–159.



János Csorba hielt seine Antrittsrede als Präsident des Verwaltungsgerichts über die verfassungsschützende Rolle der Organisation am 18. Juni 1945.<sup>44</sup> Der Sonderdruck der Rede bezeugt, dass laut Csorba die in den chaotischen Zeiten des Krieges in der Minderheit gewesenen Kreise die Macht auch wegen der damaligen öffentlich-rechtlichen Zustände ergreifen und ihre Tätigkeit expandieren konnten. Eines seiner erklärten Ziele war die Ausweitung des Rechts des Verwaltungsgerichts, Verordnungen zu prüfen. Er war der Auffassung, dass oft ein präventiver Schritt notwendig wäre, um größere Rechtsverletzungen zu verhindern. Er stellte fest, dass, sofern in der Zukunft kein Raum für eine etwaige Entwicklung einer Diktatur bleiben sollte, das Verwaltungsgericht in einen öffentlich-rechtlichen Gerichtshof umgewandelt werden und in jeder öffentlich-rechtlichen und verwaltungsrechtlichen Frage als höchste Instanz die Urteilsmacht haben müsste. Eine wesentliche Neuerung hätte darin bestanden, dass auch dann ein Verfahren hätte eingeleitet werden können, wenn es das öffentliche oder staatliche Interesse erforderte, und nicht ausschließlich im Falle einer konkreten Beschwerde.<sup>45</sup>

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg sind noch einige einschlägige Texte erschienen. Eine Vorstellung der ungarischen Verwaltung, publiziert von Andor Csizmadia und Sándor Karcsey, widmete sich unter anderem auch dem Verwaltungsgericht.<sup>46</sup>

József Szabó veröffentlichte 1946 eine umfassende Arbeit mit dem Titel „*Demokratie und Verwaltungsgerichtsbarkeit*“.<sup>47</sup> Die Arbeit mit einem Umfang von fast 300 Seiten gliederte sich in drei große Bereiche. Im ersten Teil stellte Szabó die Grundlagen der Politik vor, im zweiten und zugleich umfangreichsten Abschnitt klassifizierte er das System der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Hier unterschied er zwischen angelsächsischen, französischen und Übergangssystemen. Letztere teilte er in zwei Einheiten: in ein belgisches und ein germanisches System. Im dritten Teil der Arbeit untersuchte er Fragen der Organisation, der Zuständigkeiten und der Verfahren. Für seine Arbeit verwendete er ein breites Spektrum fremdsprachlicher Literatur in ungarischer, englischer, deutscher, französischer und italienischer Sprache.

1947 stand ganz im Zeichen des 50-jährigen Jubiläums der Gründung des Verwaltungsgerichts. Dieses hochrangige Ereignis wurde vielerorts gewürdigt. Das bedeutendste schriftliche Dokument aus diesem Jahr ist ein von Albin Márffy herausgegebener Band<sup>48</sup>, der zahlreiche Abhandlungen von Verwaltungsrichtern beinhaltet. Diese analysierten nicht nur Fragen der Organisation, sondern auch die Zuständigkeiten und die Rechtspraxis bei einzelnen Themen.

Im Festjahr erschienen in mehreren rechtswissenschaftlichen Fachzeitschriften immer wieder anerkennende Berichte und Publikationen. Dezső Bálint Nagy veröffentlichte eine

<sup>44</sup> CSORBA 1945, 14.

<sup>45</sup> Vgl. CSORBA 1945, 14.

<sup>46</sup> CSIZMADIA u. KARCSAY 1946, 164–165.

<sup>47</sup> SZABÓ 1946, 274.

<sup>48</sup> *A Magyar Közigazgatási Bíróság 50 éve: 1897–1947* [50 Jahre Ungarisches Verwaltungsgericht: 1897–1947]. 1947, 366.

Abhandlung über die problematische Abgrenzung der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts,<sup>49</sup> Lajos Kullman untersuchte die Auswirkungen auf das Gesellschaftsrecht der vergangenen 50 Jahre,<sup>50</sup> und János Martonyi publizierte zum Ehrenjahr eine Gedenkstudie.<sup>51</sup> Auch die – bis dahin prestigeträchtig gewordenen – Eröffnungsreden setzten sich fort.<sup>52</sup>

Anlässlich der Ersterscheinung der Zeitschrift *Pénzügy és Közigazgatás* [Finanzwesen und öffentliche Verwaltung] im Jahr 1947 veröffentlichte János Csorba ein Manifest.<sup>53</sup> Für die zweite Ausgabe der Zeitschrift verfasste der von ihm geführte Gerichtshof eine Stellungnahme zum Thema Menschenrechte.<sup>54</sup> Im selben Jahr ist auch der Band der Abteilung für allgemeine Verwaltung des Verwaltungsgerichts mit den Entscheidungen sowie den Beschlüssen zur Rechtseinheit und den Beschlüssen mit rechtstheoretischer Relevanz erschienen.<sup>55</sup>

Ebenfalls 1947 wurde ein Band über die Verwaltungsgerichtsreform veröffentlicht. Dieser enthielt die Vorträge und Diskussionsbeiträge zum 50-jährigen Jubiläum des Verwaltungsgerichts von der Sitzung der Ungarischen Juristenvereinigung vom 8., 15. und 23. November 1946. Auf die Eröffnungsrede, gehalten von Professor Ferenc Harrer, dem Präsidenten der Verwaltungsrechtsabteilung der Juristenvereinigung, folgte der Vortrag von Károly Mártonffy.

Für die Tagung waren die folgenden fünf Fragen formuliert worden: Ist es möglich, das ungarische Verwaltungsgericht mit seiner Struktur als Gericht mit einer Instanz und einer großen Anzahl an Richtern aufrechtzuerhalten? Oder sollte es nach dem Vorbild des amerikanischen Supreme Court zu einem Gericht mit mehreren Instanzen und wenig Personal umstrukturiert werden? Soll die ungarische Verwaltungsgerichtsbarkeit als selbstständiger Rat der ungarischen Kurie organisiert werden? Soll die Organisation bei gleichzeitiger Erweiterung des Verwaltungsgerichts mit einer unteren Instanz erhalten bleiben? Soll die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofs beim enumerativen System bleiben oder soll diese anhand theoretischer Grundsätze einschließlich einer Aufzählung der Ausnahmen neu erschaffen werden?<sup>56</sup>

<sup>49</sup> NAGY 1947, 541–544.

<sup>50</sup> KULLMANN 1947, 50.

<sup>51</sup> MARTONYI 1947, 187–201.

<sup>52</sup> KEREKES 1947, 90–92.

<sup>53</sup> Csorba János, *a Magyar Közigazgatási Bíróság elnökének nyilatkozata* [Deklaration von János Csorba, dem Präsidenten des Ungarischen Verwaltungsgerichts]. 1947, 5–6.

<sup>54</sup> *A Közigazgatási Bíróság állásfoglalása az emberi jogok védelmében* [Stellungnahme des Verwaltungsgerichts zum Schutze der Menschenrechte]. 1947, 96–97

<sup>55</sup> *Magyar Közigazgatási Bíróság Általános Közigazgatási Osztályának Döntvényei, Jogegységi és Elvi Jelentőségű Határozatai* [Die Entscheidungen, Beschlüsse zur Rechtseinheit und Grundsatzurteile der Abteilung für allgemeine Verwaltung des Ungarischen Verwaltungsgerichts]. 1947.

<sup>56</sup> *A közigazgatási bíróság reformja a Magyar Jogászegylet közigazgatási jogi szakosztályának 1946. november 8-án, 15-én és 23-án megtartott ülésén elhangzott, és a Közigazgatási Bíróság fennállásának félévszázados évfordulója alkalmából kiadott előadások és felszólalások* [Die Reform des Verwaltungsgerichtshofs – Vorträge und Ansprachen, vorgetragen in den Sitzungen der Ungarischen Juristenvereinigung vom 8., 15. und 23. November 1946 sowie zum 50-jährigen Jubiläum des Verwaltungsgerichts herausgegebene Beiträge]. 1947, 13–14.

Als Ergebnis der Konferenz wurde folgender Standpunkt formuliert: Das Verwaltungsgericht soll in seiner Eigenständigkeit erhalten bleiben. Des Weiteren soll eine untere Instanz geschaffen werden. Betreffend seine Zuständigkeit waren die Konferenzteilnehmer zu dem Schluss gekommen, dass sie auf der Grundlage theoretischer Grundsätze festgelegt und durch Aufzählung der Ausnahmen abgegrenzt werden solle.<sup>57</sup>

Ein wichtiges Ereignis im Jahr 1947 war die Publikation des von István Egyed verfassten Lehrbuchs „Die Grundlagen des ungarischen Verwaltungsrechts“. Diesem folgte 1948 das Lehrbuch von Vilmos Szontagh, „*Die Rechtswissenschaften der Verwaltung*“. Beide Lehrwerke beziehen sich auf die Verwaltung als Ganzes und stellen die Verwaltungsgerichtsbarkeit als Teilsystem derselben vor.<sup>58</sup>

1948 erschienen noch weitere wichtige Publikationen: die Rede von János Csorba zum Thema Essenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit<sup>59</sup> sowie als Sonderdruck ein Auszug aus dem Band „*Die 50 Jahre des Ungarischen Verwaltungsgerichtshofs 1897–1947*“, der die von Jenő Kozocsa, Kornél Szoyka und Albin Márffy zusammengestellte Sammlung von Rechtsnormen zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts enthielt.<sup>60</sup>

In dem Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg war das Verwaltungsgericht in Bezug auf seine Tätigkeit immer stärker werdender Kritik und häufigen Angriffen ausgesetzt. 1949 war ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der sich entfaltenden Diktatur die Auflösung des Verwaltungsgerichts und des Gerichts für Kompetenzstreitigkeiten.

#### 4. DIE LITERATUR ZUR VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT WÄHREND DES SOZIALISMUS

Die offizielle Ideologie hielt den Rechtsstaat als solchen für ein negatives Phänomen. Die Kontrolle über die Gerichtsbarkeit der Staatsorgane wurde als systemfeindlich angesehen.<sup>61</sup>

Diese rigorose Auffassung wurde in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre etwas milder. 1957 veröffentlichte Jenő Szilbereky in der Zeitschrift *Magyar Jog* [Ungarisches Recht] seine Arbeit „Umstrittene Fragen zum Thema der Anfechtung von Beschlüssen der Staatsverwaltung vor Gericht“.<sup>62</sup>

Ein echter wissenschaftlicher Diskurs zum Thema konnte sich aber erst in den Sechzigerjahren entfalten. János Martonyi, der bereits früher zahlreiche Studien zum Thema Verwaltungsgerichtsbarkeit publiziert hatte, veröffentlichte 1960 seine Monografie über

<sup>57</sup> Vgl. a. a. O. S. 74.

<sup>58</sup> EGYED 1947, 65–70. SZONTAGH 1948, 59–63.

<sup>59</sup> CSORBA 1948, 621–626.

<sup>60</sup> KOZOCSA, SZOYKA u. MÁRFFY 1948, 83.

<sup>61</sup> KÜPPER 2014, 4.

<sup>62</sup> SZILBEREKY 1957, 234–237.

die richterliche Revision von Beschlüssen der Staatsverwaltung.<sup>63</sup> Als Erster startete Martonyi im November 1963 den Versuch, seine Dissertation zu verteidigen. Er konnte seine Doktorarbeit mit dem Titel „*Die Rolle der Gerichte bei der Gewährleistung der Gesetzmäßigkeit der Staatsverwaltung*“ aber infolge eines Einspruchs erst beim zweiten Mal, am 18. Mai 1965, erfolgreich verteidigen. Seine Opponenten waren László Búza, János Beér und Ottó Bihari.<sup>64</sup> Im selben Jahr publizierte Ferenc Toldi seine Monografie „Nichtigerklärung und Änderung von Verwaltungsanordnungen“.<sup>65</sup>

Den Vortrag von Sándor Hankovics mit dem Titel „*Die gerichtliche Anfechtung von Verordnungen der Staatsverwaltung, insbesondere im Hinblick auf die Zivilprozessordnung*“, die Diskussion dazu erörterte Sándor Gyarmati in der Zeitschrift *Magyar Jog*.<sup>66</sup> Eine Publikation mit seinen Gedanken zum Thema veröffentlichte Imre Balogh am Ende des Jahrzehnts.<sup>67</sup>

Das 1966 erschienene Lehrbuch „*Ungarisches Verwaltungsrecht, Allgemeiner Teil*“ von Lajos Szamel, Sándor Berényi, János Martonyi sen. und Lajos Szatmári<sup>68</sup> skizzierte eine Theorie der sozialistischen Ideologie in Verbindung mit der richterlichen Kontrolle über die Entscheidungen der Staatsverwaltung.

János Martonyi publizierte in den Siebzigern, in denen sich die politische Entspannung fortsetzte, eine Studie über die Einführung und die Funktionsweise des Verwaltungsgerichts.<sup>69</sup> In den darauffolgenden Jahren sind zahlreiche Publikationen entstanden, die sich insbesondere mit der richterlichen Kontrolle der Staatsverwaltung beschäftigten. Arbeiten, die hervorzuheben sind, sind Veröffentlichungen von Klára Vejkey Neigerné und Géza Kilényi.<sup>70</sup>

Gleichzeitig waren aber im aufkeimenden politischen Diskurs Ansichten präsent, die sich auf Prinzipien der sozialistischen Ideologie stützten. Ferenc Sik, Mitarbeiter der Generaldirektion Finanzkontrolle (ein späterer Rechtshistoriker), publizierte 1984 in der Zeitschrift *Jogtudományi Közlöny* eine Abhandlung über die Auflösung des Verwaltungsgerichts.<sup>71</sup> Seiner Meinung nach schätzte das Verwaltungsgericht seine Möglichkeiten nach der Befreiung falsch ein. Dadurch schränkte die Institution ihren eigenen Zuständigkeitsbereich weiter ein, und im Endeffekt führte genau das zur erzwungenen Einstellung seiner Tätigkeit. Er hielt die Erfolge des Verwaltungsgerichts für ambivalent, seine Ideale für nicht mehr zeitgemäß und seine Bestrebungen für solche ohne Bezug zur Realität.

<sup>63</sup> MARTONYI 1960, 300.

<sup>64</sup> A bíróságok szerepe az államigazgatás törvényességének biztosításában [Die Rolle der Gerichte bei der Gewährleistung der Gesetzmäßigkeit der Staatsverwaltung]. *Az MTA gazdaság- és jogtudományi osztályának közleményei*, 1966, 177. *Magyar Tudomány*, 1966, 399. *Jogtudományi Közlöny*, 1967, 247.

<sup>65</sup> TOLDI 1965, 291.

<sup>66</sup> GYARMATI 1965, 472–473.

<sup>67</sup> BALOGH 1969, 109–121.

<sup>68</sup> SZAMEL, BERÉNYI, MARTONYI u. SZATMÁRI 1966, 571.

<sup>69</sup> MARTONYI 1972, 19. Über sein Leben: Szűcs 1980, 373–386.

<sup>70</sup> NEIGER u. VEJKEY 1978, [1], 110. KILÉNYI 1981, 653–667.

<sup>71</sup> SIK 1984, 453–458.

## 5. DIE FACHLITERATUR IN DEN ZEITEN DES SYSTEMWECHSELS

Die richterliche Kontrolle über die Verwaltung war ein wichtiges Thema beim Ausbau des neuen öffentlich-rechtlichen Systems während des Systemwechsels.

In dieser Periode veröffentlichte László Trócsányi zahlreiche vergleichende juristische Studien.<sup>72</sup> 1988 ist sein Buch „Organisation und Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit in einzelnen europäischen Ländern: theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen des Rechtsinstituts sowie Rechtsnormen einzelner europäischer Länder zur Verwaltungsgerichtsbarkeit“ erschienen.<sup>73</sup>

Bereits 1987 hat Albert Takács eine Rezension über die Menger-Festschrift, in der die Verwaltungsgerichtsbarkeit thematisiert wurde, veröffentlicht.<sup>74</sup>

Eine Vielzahl von Studien, die in dieser Periode erschienen, behandelten aber nicht die bereits umgesetzten Lösungen der einzelnen Länder, sondern den wissenschaftlichen Diskurs über zukünftig umsetzbare Lösungen.<sup>75</sup>

Der Aufsatz von István Balázs, Dobromir Mihajlov und Zsolt Balogh, „Die Verwaltungsgerichtsbarkeit“, wurde im Jahr 1988 vom Rechtswissenschaftlichen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften herausgebracht.<sup>76</sup>

Im selben Jahr erschien die Arbeit von Ferenc Toldi „Die gerichtliche Überprüfung von Verwaltungsbeschlüssen“.<sup>77</sup> Die Monografie erörterte in zwei Teilen von ungefähr ähnlichem Umfang die in kapitalistischen Gesellschaften angewandten Methoden und die Modelle der sozialistischen Gesellschaften. „Er stellt die einzelnen Systeme in ihrem historischen Kontext, rechtsvergleichend, sich auf die wesentlichen Fragen konzentrierend, die Lösungen gegenüberstellend und bewertend vor.“ Toldi hatte bei der Vorstellung der richterlichen Systeme in der Verwaltung der sozialistischen Länder stets den Anspruch der Vollständigkeit.<sup>78</sup>

Gleichzeitig mit seiner 1990 erschienenen Monografie „Einzelne theoretische und praktische Fragen der Verwaltungsgerichtsbarkeit“<sup>79</sup> publizierte Trócsányi zahlreiche Studien, die sich mit einzelnen Aspekten desselben Themas bezüglich seines Schutzes vor den Grundrechten und dem Rechtsstaat sowie mit im ungarischen Rechtssystem anzuwendenden neuen Lösungen beschäftigten. Die Monografie von Trócsányi diskutierte – teilweise auf der Grundlage seiner früheren Veröffentlichungen – fünf wesentliche Fragen wie einschlägige Rechtsnormen, die das Grundgesetz betreffen, die wichtigsten Systeme und der organisatorische Rahmen, einzelne Fragen zur Funktionsweise, wie zum Beispiel Fragen zum Ziel und zur Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit, zur Normenkontrolle durch

<sup>72</sup> TRÓCSÁNYI 1988a, 755–765.

<sup>73</sup> TRÓCSÁNYI 1988b, 368.

<sup>74</sup> TAKÁCS 1987, 675–677.

<sup>75</sup> TAKÁCS 1989, 443–455. MOLNÁR 1988, 183–185. KILÉNYI 1991, 296–303.

<sup>76</sup> BALÁZS, MIHAJLOV u. BALOGH 1988, 90.

<sup>77</sup> TOLDI 1988, 149.

<sup>78</sup> Vgl. TOLDI 1988, 10–11.

<sup>79</sup> TRÓCSÁNYI 1990, 253.

die Verwaltungsgerichtsbarkeit und zu den Verfahren. Ebenfalls 1990 erschien die Monografie von Attila RÁCZ, „Die Gesetzmäßigkeit und die Verwaltung“.<sup>80</sup>

## 6. DIE GEGENWART DER VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT

In den Jahren nach dem Systemwechsel standen im Fokus der Debatten das Verhältnis der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur neuen verfassungsmäßigen Ordnung sowie Fragen bezüglich ihrer Zuständigkeit und ihrer Verfahren. Ferenc PETRIK, der damalige Präsident des Kollegiums des Obersten Verwaltungsgerichts, betonte 1996 in seiner Rede zur Eröffnung der wissenschaftlichen Sitzungsperiode der Deák Ferenc-Akademie für Fortbildung im Rechtswesen<sup>81</sup>, dass die jüngste Ära der hundertjährigen ungarischen Verwaltungsgerichtsbarkeit als Produkt des Gesetzes Nr. XXVI des Jahres 1991 anzusehen sei, denn erst dieses habe die Rahmenbedingungen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem Systemwechsel geschaffen. Trotz der jahrhundertalten Tradition der ungarischen Verwaltungsgerichtsbarkeit konnte in Ungarn kein selbstständiges Verwaltungsgericht entstehen. Er sah den Obersten Gerichtshof als Garanten konsequenter und einheitlicher Rechtsauslegung. Am Diskurs zum Thema haben auch Experten mit praktischer Kompetenz teilgenommen.

So gründete György UTTÓ seine Meinung nicht nur auf sein umfassendes Wissen als Richter, sondern auch auf die während seiner Reisen gesammelten Erfahrungen zum Thema Funktionsweise der Verwaltungsgerichte im Ausland. Er belegte seine Ansichten durch die Veranschaulichung der Arbeit von Schweizer, deutschen und österreichischen Verwaltungsgerichten.<sup>82</sup>

Auf der juristischen Jahrestagung in Pécs im Jahr 1999 hielt Zoltán LOMNICI, der Generalsekretär des Obersten Gerichtshofs, zusammen mit dem Rechtsanwalt Iván MAKLÁRI und Gábor MÁTHÉ, Generaldirektor der Hochschule für Staatsverwaltung, den Vortrag „Die Verschiebung der Einrichtung der Tafelgerichte und die Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit“. Gábor Máthé bemerkte über den Diskurs zum Thema: „1991 [...] entstand ein ziemlich intensiver Diskurs unter den Experten. Die Polemik erweiterte sich auch auf die Analyse der westeuropäischen und der ungarischen Tradition. Die Fachliteratur brachte beeindruckende Ergebnisse und Fazits. All die wesentlichen Dinge sind publik geworden.“<sup>83</sup>

In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre begannen Rechtshistoriker mit der Untersuchung der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die meisten einschlägigen Studien wurden von István STIPTA<sup>84</sup> publiziert, dessen Forschungsgebiet – das hier um einer vollständigeren Perspektive willen erwähnt wird, obwohl es thematisch außerhalb dieser Arbeit

<sup>80</sup> RÁCZ 1990, 206.

<sup>81</sup> PETRIK 1996, 345–347.

<sup>82</sup> UTTÓ 1988, 805–816. UTTÓ 1992, 217–221. UTTÓ 1995, 47–62.

<sup>83</sup> MÁTHÉ, MAKLÁRI, u. LOMNICI 2000, 24–46.

<sup>84</sup> STIPTA 1997, 117–125.

liegt – sich auch auf die Geschichte des eigenständigen Finanzverwaltungsgerichtshofs und der eigenständigen Finanzgerichtsbarkeit erstreckt. Zu dieser Thematik haben auch Gábor Máthé, József Ruszoly, Gábor Schweizer, Krisztina Delacasse Korsósne und aus der jüngsten Generation Roland Kelemen Beiträge veröffentlicht. In den universitären Lehrmaterialien wird die Geschichte der ungarischen Verwaltungsgerichtsbarkeit innerhalb der ungarischen Verfassungsgeschichte behandelt.<sup>85</sup>

Über die Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit haben auch Experten des geltenden Rechts zahlreiche rechtsgeschichtliche Arbeiten verfasst, so zum Beispiel Gyula Koi, Szabolcs Till, László Rónai, Írisz Horváth E. und Gábor Hulkó. Krisztina Rozsnyai stellt – über ihre Arbeiten zu Teilfragen dieser Thematik hinaus – in dem von Karl-Peter Sommermann und Bert Schaffarzik redigierten Handbuch zur Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa eine Zusammenfassung der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit vor.<sup>86</sup>

Um die Jahrtausendwende wurde die Fachliteratur der Verwaltungsgerichtsbarkeit, unterstützt durch die seit den Neunzigern verstärkte Veränderung der Publikationsgewohnheiten und -möglichkeiten, durch eine Vielzahl an neuen Beiträgen bereichert.

Neben den zahlreichen Studien wurden mehrere bedeutende Bände herausgegeben. András Patyi war derjenige, der Anfang der 2000er Jahre eine große Zahl von Studien zum Thema veröffentlichte. Neben diesen Studien publizierte er 2002 seine Dissertation „Die Modelle unserer Verwaltungsgerichtsbarkeit: Studie zur ungarischen Verwaltungsgerichtsbarkeit“ als Monografie.<sup>87</sup>

Es sind zwei von Tibor Csiba redigierte Werke erschienen: 2003 eine umfassende Sammlung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen.<sup>88</sup> Im Jahr 2007 erschien der Band „Verwaltungsgerichtsbarkeit“ von Tibor Csiba, Erika Rothermel und Miklós Imre.<sup>89</sup>

2003 fand die 19. Jahrestagung der Juristen statt, bei der Péter Darák, Tibor Csiba, Mária Ádám Haszonicsné und András Patyi Vorträge zum Thema Neuregelung der Revision öffentlich-rechtlicher Entscheidungen hielten.<sup>90</sup>

Krisztina Rozsnyai publizierte ihre Doktorarbeit „Verwaltungsgerichtsbarkeit im Prokustesbett: Richterliche Kontrolle über die Verwaltung unter variablen Umständen, in unveränderter Form“ im Jahr 2010 als Monografie.<sup>91</sup>

Die Jahre um 2010 vergingen mit der Erarbeitung des neuen Grundgesetzes im Zeichen der Umwälzung des ungarischen Rechtssystems. Neben der Schaffung der Verwaltungsprozessordnung war ein eigenständiges Verwaltungsgericht erneut ein Punkt auf der Agenda. Das Thema wurde sowohl unter juristischen Experten als auch in der

<sup>85</sup> HORVÁTH 1995, 326–328.

<sup>86</sup> ROZSNYAI 2018.

<sup>87</sup> PATYI 2002, 254.

<sup>88</sup> CSIBA 2003, 362.

<sup>89</sup> IMRE 2007, 150.

<sup>90</sup> DARÁK, CSIBA, HASZONICS-ÁDÁM u. PATYI 2003, 23–74.

<sup>91</sup> F. ROZSNYAI 2010, 281.

Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Dieser Meinungs austausch schlug sich unter anderem in einer großen Anzahl neuer einschlägiger Studien und Artikel nieder.

2010 konzentrierten sich die Teilnehmer der Konferenz „*Schutz des öffentlichen Interesses: Vergangenheit und Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit*“<sup>92</sup> unter anderem auf die Möglichkeiten eines eigenständigen Verwaltungsgerichts. Experten wie Bence Rétvári, István Stumpf, György Kozma, András Patyi, István Stipta, János Zlinszky, Pál Solt, Krisztina F. Rozsnyai, Szonja Navratil, István Kovács, Zs. András Varga und István Szabó hielten dazu vielseitige Vorträge.

Die Umwandlung des Rechtssystems stellt auch an die Rechtsexperten neue Anforderungen.<sup>93</sup> Beispielsweise sollen sie für Studierende in Form von neuen Lehrmaterialien Zugang zu den neuen Regelungen schaffen, wobei sie aufzeigen, wo diese Theoriegebäude der Wissenschaften ihren Platz haben. So erschienen zahlreiche Skripte, Lern- und Lehrhilfsmittel sowie Lehrbücher, die Studierende sowohl in der prä- als auch in der postgradualen Ausbildung, aber auch bei der Vorbereitung auf juristische Fachprüfungen unterstützen.

---

<sup>92</sup> VARGA Zs. u. FRÖHLICH 2011, 136.

<sup>93</sup> Wichtige Werke: BOROS 2011. PATYI, RIXER u. KOI 2014, 552.



## LITERATUR

1. A bíróságok szerepe az államigazgatás törvényességének biztosításában [Die Rolle der Gerichte bei der Gewährleistung der Gesetzmäßigkeit der Staatsverwaltung]. *Az MTA gazdaság- és jogtudományi osztályának közleményei*, 1966. H. 1, S. 177.; *Magyar Tudomány*, 1966. H. 11, S. 399.; *Jogtudományi Közlöny*, 1967. H. 3–4, S. 247.
2. A kir. közigazgatási bíróság új elnöke [Der neue Präsident des ungarischen königlichen Verwaltungsgerichts]. *Jogtudományi Közlöny*, 1906. 41. Jg., H. 17, S. 139–140.
3. A Közigazgatási Bíróság állásfoglalása az emberi jogok védelmében [Stellungnahme des Verwaltungsgerichts zum Schutze der Menschenrechte]. *Pénzügy és Közigazgatás*, 1947. H. 2, S. 96–97.
4. A közigazgatási bíróság reformja a Magyar Jogászegylet közigazgatási jogi szakosztályának 1946. november 8-án, 15-én és 23-án megtartott ülésén elhangzott, és a Közigazgatási Bíróság fennállásának félévszázados évfordulója alkalmából kiadott előadások és felszólalások Harrer Ferenc Mártonffy Károly Csorba János Egyed István Borsos Endre Bíró Balázs Kerekess István Beér János Vincenti Gusztáv Oppler Emil Glücksthal Andor Nemes László Nagy Dezső Bálint Martonyi János Szabó József Szokolay Leó Homolyai Rezső Domokos László Márffy Albin Altorjay Sándor... [Die Reform des Verwaltungsgerichtshofs – Vorträge und Ansprachen, vorgetragen in den Sitzungen der Ungarischen Juristenvereinigung vom 8., 15. und 23. November 1946 sowie zum 50-jährigen Jubiläum des Verwaltungsgerichts herausgegebene Beiträge. Vortragende und Autoren: Ferenc Harrer, Károly Mártonffy, János Csorba, István Egyed, Endre Borsos, Balázs Bíró, István Kerekess, János Beér, Gusztáv Vincenti, Emil Oppler, Andor Glücksthal, László Nemes, Dezső Bálint Nagy, János Martonyi, József Szabó, Leó Szokolay, Rezső Homolyai, László Domokos, Albin Márffy, Sándor Altorjay ...]. *Jogászegyleti Szemle*, 1947. 1. Jg., H. 2, S. 13–14.
5. *A közigazgatási Bírósági Döntvények és elvi jelentőségű határozatok Betűsoros Kézikönyve 1884–1902. évekről* [Das alphabetische Handbuch der gerichtlichen Entscheidungen und prinzipiell bedeutenden Beschlüsse aus den Jahren 1884–1902]. Debrecen 1903.
6. A közigazgatási bíróságokról szóló törvényjavaslat [Der Gesetzesentwurf über die Verwaltungsgerichte]. *Magyar Közigazgatás*, 1893. 11. Jg., H. 49, S. 1–11.
7. A közigazgatási bíróságokról szóló törvényjavaslat bizottsági tárgyalása [Die Ausschlussdebatte zum Gesetzesentwurf über die Verwaltungsgerichtshöfe]. *Magyar Közigazgatás*, 1894. 12. Jg., H. 2, S. 2–3.
8. A m. kir. közigazgatási bíróság új elnöke. Wlassics Gyula [Der neue Präsident des ungarischen königlichen Verwaltungsgerichts, Gyula Wlassics]. *Magyar Közigazgatás*, 1906., 24. Jg., H. 18, S. 2–3.
9. *A Magyar Közigazgatási Bíróság 50 éve: 1897–1947* (1947). [50 Jahre Ungarisches Verwaltungsgericht: 1897–1947]. Budapest, Máté Ernő Nyomda.

10. BALÁZS, István, MIHAJLOV, Dobromir, BALOGH, Zsolt (1988): *A közigazgatási bíráskodás* [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, MTA Jogtudományi Intézet.
11. BALOGH, Imre (1969): Az államigazgatási határozatok bíróság előtti megtámadása [Die Anfechtung von Beschlüssen der Staatsverwaltung vor Gericht]. *Állam és Igazgatás*, 19. Jg., H. 2, S. 109–121.
12. BAUMGARTEN, Nándor (1901): Közigazgatási bíráskodás vasuti ügyekben [Verwaltungsgerichtsbarkeit in Angelegenheiten der Eisenbahn]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, 21. Jg., H. 184, S. 1–56.
13. BOÉR, Elek (1907): *Közigazgatási bíráskodás* [Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, Grill Károly Könyvnyomdája.
14. BOÉR, Elek (1908): Törvényhatósági önkormányzatunk és közigazgatási bíróságunk hatáskörének kiterjesztése [Die Erweiterung des Kompetenzbereichs unserer Kommunalverwaltung und unseres Verwaltungsgerichts]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, 36. Jg., S. 1–46.
15. BOROS, Anita (2011): Die wichtigsten Regeln des ungarischen Verwaltungsverfahrens und die Veränderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes. *Verwaltungsarchiv*, 102. Jg., H. 2.
16. CONCHA, Győző (1877): *A közigazgatási bíráskodás az alkotmányosság és az egyéni joghoz való viszonyában* [Die Beziehung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Verfassung und zum Individualrecht]. Budapest, Athenaeum Irodalmi és Nyomdai Rt.
17. CONCHA, Győző (1880): Igazságszolgáltatásunk és közigazgatásunk reformja az államhatalmak megosztása szempontjából [Die Reform unserer Justiz und Verwaltung im Hinblick auf die Verteilung der Staatsgewalten]. *Magyar Igazságügy*, 14. Jg., H. 6, S. 555–561.
18. CONCHA, Győző (1881): *A közigazgatási bíráskodás* [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit]. *Magyar Igazságügy*, 16. Jg., H. 5., S. 359–392; H. 6, S. 465–491.
19. CONCHA, Győző, REICHARD, Zsigmond (1894): *A közigazgatási bíróság törvényjavaslatáról* [Zum Gesetzesentwurf über das Verwaltungsgericht]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, Budapest, Franklin-Társulat, 10. Jg., H. 5, S. 23.
20. CSIBA, Tibor (Hrsg.) (2003): *Közigazgatási bírósági döntések gyűjteménye* [Sammlung der Entscheidungen der Verwaltungsgerichte]. Budapest, KJK-KERSZÖV.
21. CSILLAG, Gyula (1891): *A közigazgatási bíróságok hatásköre* [Der Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgerichte]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, Budapest, Franklin-Társulat, 7. Jg., H. 7, S. 7.
22. CSIZMADIA, Andor, KARCSAY, Sándor (1946): *Magyarország közigazgatása* [Die Verwaltung Ungarns]. Budapest, Budapest Székesfőváros Irodalmi és Művészeti Intézet.
23. CSORBA, János (1945): *A Közigazgatási Bíróság mint alkotmányvédő bíróság* [Das Verwaltungsgericht als verfassungsschützendes Gericht]. Budapest, Officina.
24. Csorba János, a Magyar Közigazgatási Bíróság elnökének nyilatkozata [Deklaration von János Csorba, dem Präsidenten des Ungarischen Verwaltungsgerichts]. *Pénzügy és Közigazgatás*, 1947. 1. Jg., H. 1, S. 5–6.

25. CSORBA, János (1948): Mit dolgozik a Közigazgatási Bíróság? [Was macht das Verwaltungsgericht?]. *Pénzügy és Közigazgatás*, 2. Jg., H. 9, S. 621–626. Erschienen als Sonderdruck: CSORBA, János (1948): *Mit dolgozik a közigazgatási bíróság?* [Was macht das Verwaltungsgericht?]. Budapest, Hernádi Könyvkiadó Vállalat.
26. DARÁK, Péter, CSIBA, Tibor, HASZONICS-ÁDÁM, Mária, PATYI, András (2003): A közigazgatási határozat bírósági felülvizsgálatának új szabályozása [Die Neuregelung der gerichtlichen Überprüfung von Verwaltungsbeschlüssen]. In BENIS-GYÖRFFY, Ilona (Hrsg.): *Tizenkilencedik Jogász Vándorgyűlés. Sopron*, [Neunzehnte Juristenwandertagung in Sopron], 15.–16. Mai 2003. Budapest, Magyar Jogász Egylet.
27. DELL'ADAMI, Rezső (1880): Igazságszolgáltatásunk és közigazgatásunk reformja az államhatalmak megosztása szempontjából [Die Reform unserer Justiz und Verwaltung im Hinblick auf die Gewaltenteilung]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, H. 1, S. 1–32.
28. EGYED, István (1916): Az alsófokú közigazgatási bíraskodás [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit der ersten Instanz]. *Városi Szemle*, 9. Jg., H. 5–6, S. 188–221. Sonderdruck: EGYED, István (1916): *Az alsófokú közigazgatási bíraskodás* [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit der ersten Instanz]. Budapest, Székesfővárosi Házinyomda.
29. EGYED, István (1947): *A magyar közigazgatási jog alaptanai*. [Grundlehren des ungarischen Verwaltungsrechts]. Budapest, Szent István Társulat. Reprint: EGYED, István (2017): *A magyar közigazgatási jog alaptanai*. Államtudományi klasszikusok sorozat 3. [Reihe Staatswissenschaftliche Klassiker 3]. Budapest, Dialóg Campus.
30. EÖTVÖS, József (1851): *A XIX. század uralkodó eszméinek befolyása az álladalomra. I–II*. [Der Einfluss der herrschenden Ideen des 19. Jahrhunderts auf den Staat]. Wien, Jasper, Hügel und Manz.
31. F. ROZSNYAI, Krisztina (2010): *Közigazgatási bíraskodás Prokrusztész-ágyban: A közigazgatás feletti bírói kontroll változó körülmények között, változatlan formában* [Verwaltungsgerichtsbarkeit im Prokrustesbett: Richterliche Kontrolle über die Verwaltung unter variablen Umständen, in unveränderter Form]. Budapest, ELTE Eötvös Kiadó.
32. FALCSIK, Dezső (1897): *Közigazgatási bíraskodás, A magyar kir. közigazgatási bíróságról szóló 1896. évi XXVI. törvényzikk magyarázata* [Verwaltungsgerichtsbarkeit. Kommentar zum Gesetz Nr. XXVI des Jahres 1896 über die ungarischen königlichen Verwaltungsgerichte]. Eger, Érseki Lyceumi Könyvnyomda.
33. GNEIST, Rudolf (1872): *Der Rechtsstaat*. Berlin, Springer. Ungarische Übersetzung v. Takács Lajos: GNEIST Rudolf (1875): *A jogi állam*. Budapest, Magyar Tudományos Akadémia. Reprint: GNEIST Rudolf (2018): *A jogi állam*. Államtudományi klasszikusok sorozat 6. [Reihe Staatswissenschaftliche Klassiker 6]. Budapest, Dialóg Campus. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-642-94372-0>
34. GRUBER, Lajos (1877a): A közigazgatási bíraskodás alakzatai Európában [Die Formen der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Europa]. *Jogtudományi Közlöny*, 12. Jg., H. 35.

35. GRUBER, Lajos (1877b): *A közigazgatási bíráskodás eszméje, kellékei és alakzatai Európában, különös tekintettel Magyarországra és e kérdés parlamentáris sorsának történetére hazánkban* [Idee, Voraussetzungen und Formen der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Europa – unter besonderer Berücksichtigung Ungarns und der Geschichte dieser Frage im Parlament in unserem Land]. Budapest, Athenaeum Irodalmi és Nyomdai Rt.
36. GRUBER, Lajos (1877c): *Közigazgatási bíráskodás* [Verwaltungsgerichtsbarkeit], *Magyar Themis*, 7. Jg., S. 22–45.
37. GRÜNWARD, Béla (1876): *Közigazgatásunk és a szabadság* [Unsere Verwaltung und die Freiheit]. Budapest, Ráth Mór Könyvkereskedés és Kiadó.
38. GYARMATI, Sándor (1965): Vitaülés az államigazgatási határozatok bíróság előtti megtámadásának egyes kérdéseiről [Diskussionsforum über einzelne Fragen der Anfechtung von Beschlüssen der Staatsverwaltung vor Gericht], *Magyar Jog*, 12. Jg., H. 10, S. 472–473.
39. HATTYUFFY, Dezső (1906): *A közigazgatási bíróság és a vármegye* [Das Verwaltungsgericht und das Komitat]. *Magyar Közigazgatás*, 24. Jg., H. 17, S. 1–2.
40. HORVÁTH, Attila (1995): *A magyar polgári állam szervei: A közigazgatási bíráskodás* [Die Organe des bürgerlichen ungarischen Staates: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit]. In MEZEY Barna (Hrsg.): *Magyar alkotmánytörténet* [Ungarische Verfassungsgeschichte]. Budapest, Osiris.
41. IMRE, Miklós (Hrsg.) (2007): *Közigazgatási bíráskodás* [Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, HVG-ORAC.
42. KAUTZ, Gyula (1877<sup>3</sup>): *A politika tudomány kézikönyve* [Das Handbuch der Politikwissenschaft]. Budapest, Franklin-Társulat.
43. KERÉKES, István (1947): Felsőbíróságok elnökeinek évnvnyitó beszédei [Die Jahreseröffnungsreden der Präsidenten der Obergerichtshöfe]. *Jogtudományi Közlöny*, 2. Jg., H. 6, S. 90–92.
44. KILÉNYI, Géza (1981): *Az államigazgatási határozatok bírósági felülvizsgálata a szocialista jogfejlődés tükrében* [Die gerichtliche Revision von Beschlüssen der Staatsverwaltung im Hinblick auf die sozialistische Rechtsentwicklung]. *Jogtudományi Közlöny*, 36. Jg., H. 8, S. 653–667.
45. KILÉNYI, Géza (1991): *A közigazgatási bíráskodás néhány kérdése* [Einige Fragen der Verwaltungsgerichtsbarkeit]. *Magyar Közigazgatás*, H. 4, S. 296–303.
46. KMETY, Károly (1891): *A közigazgatási bíróságok hatáskörének szabályozásáról* [Über die Regelung des Zuständigkeitsbereichs der Verwaltungsgerichtshöfe]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, Budapest, Franklin-Társulat, 7. Jg., H. 1, S. 37.
47. KMETY, Károly (1897): *A magyar közigazgatási jog kézikönyve* [Das Handbuch der ungarischen Verwaltung]. Budapest, Politzer Jenő Nyomda.
48. KOZOCSA, Jenő, SZOYKA, Kornél, MÁRFFY, Albin (1948): *A Közigazgatási Bíróság hatáskörét érintő jogszabályok (1896. évtől 1947. okt. 1-ig)* [Rechtsnormen zum Kompetenzbereich des Verwaltungsgerichts (von 1896 bis zum 1. Okt. 1947)]. Budapest, Hernádi Könyvkiadó Vállalat.

49. KULLMANN, Lajos (1947): *Közigazgatási bíróság 50 évi működésének hatása a magyar társulati adójog fejlődésére* [Der Effekt des 50-jährigen Wirkens des Verwaltungsgerichts auf die Entwicklung des ungarischen Körperschaftssteuerrechts]. Budapest, Hernádi Könyvkiadó Vállalat.
50. KUNCZ, Ignác (1878): A közigazgatási bíraskodás [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit]. *Jogtudományi Közlöny*, 13. Jg., H. 21–46.
51. KUNCZ, Ignác (1884): A közigazgatás függetlensége a közigazgatási bíraskodásban [Die Unabhängigkeit der Verwaltung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit]. *Jogtudományi Közlöny*, 19. Jg., H. 7, S. 49–50.
52. KUNCZ, Ignác (1887): A közbjogi s különösen a közigazgatási bíraskodás philosophiája [Die Philosophie der Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts, insbesondere der Verwaltungsgerichtsbarkeit]. *Magyar Philosophiai Szemle*, H. 5–6, S. 27.
53. KÜPPER, Herbert (2014): Magyarország átalakuló közigazgatási bíraskodása [Ungarns Verwaltungsgerichtsbarkeit im Wandel]. *MTA Law Working Papers*, H. 59, S. 4.
54. LÁNCZY, Gyula (1883): A közigazgatási bíraskodás szervezéséről Magyarországon [Über das Organisieren der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ungarn]. *Magyar Igazságügy*, H. 1, S. 27–49.
55. LÁNCZY, Gyula (1894): A közigazgatási bíróság törvényjavaslatáról [Zum Gesetzesentwurf über das Verwaltungsgericht]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, 10. Jg., H. 6, S. 27.
56. *Magyar Közigazgatási Bíróság Általános Közigazgatási Osztályának Döntvényei, Joggyeségi és Elvi Jelentőségű Határozatai* [Die Entscheidungen, Beschlüsse zur Rechtseinheit und Grundsatzurteile der Abteilung für allgemeine Verwaltung des Ungarischen Verwaltungsgerichts]. Budapest 1947.
57. MARKÓ, Sándor (1882): Nyolcadik magyar jogászgyűlés [Achte ungarische Juristenversammlung]. *Jogtudományi Közlöny*, H. 44, S. 350–352.
58. MARTONYI, János (1960): *Államigazgatási határozatok bírói felülvizsgálata* [Die Revision von Beschlüssen der Staatsverwaltung]. Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó.
59. MARTONYI, János, sen. (1932): *A közigazgatási bíraskodás és legújabbkori fejlődése* [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit und ihre jüngste Entwicklung]. Budapest, Királyi Magyar Egyetemi Nyomda.
60. MARTONYI, János, sen. (1934): A közigazgatási bíraskodás mai rendszere Franciaországban [Das heutige System der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Frankreich]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések és Egyéb Tanulmányok*, 2. Jg., H. 8, S. 546–567. Erschienen als Sonderdruck: MARTONYI, János, sen. (1935): *A közigazgatási bíraskodás mai rendszere Franciaországban* [Das heutige System der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Frankreich]. Kecskemét, Első Kecskeméti Hírlapkiadó és Nyomda.
61. MARTONYI, János, sen. (1938): A csehszlovák közigazgatási bíróság reformjának tervezete [Der Reformentwurf des tschechoslowakischen Verwaltungsgerichts]. *Közigazgatástudomány*, 1. Jg., H. 1, S. 48–56.

62. MARTONYI, János, sen. (1939a): A közigazgatási bíraskodás a nemzeti szocialista Németországban [Verwaltungsgerichtsbarkeit im nationalsozialistischen Deutschland]. *Közigazgatástudomány*, 2. Jg., H. 2, S. 105–119.
63. MARTONYI, János, sen. (1939b): *A közigazgatás jogszerűsége a mai államban* [Die Legitimität der Verwaltung im heutigen Staat]. Magyar Közigazgatástudományi Intézet, Budapest; Dunántúl Egyetemi Kiadó, Pécs.
64. MARTONYI, János, sen. (1940): A közigazgatás reformja és a közigazgatási bíróságok. In.: *Dolgozatok a közigazgatási reform köréből* [Die Reform der Verwaltung und der Verwaltungsgerichte. Aufsätze zum Thema Verwaltungsreform]. Budapest, [s. n.].
65. MARTONYI, János, sen. (1944): *Közigazgatási bíraskodásunk továbbfejlesztése* [Weiterentwicklung unserer Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, Attila Nyomda.
66. MARTONYI, János, sen. (1947): Az ötvenéves Közigazgatási Bíróság [Das 50-jährige Verwaltungsgericht]. *Városi Szemle*, H. 3–4, S. 187–201. Sonderdruck: MARTONYI, János, sen. (1947): *Az ötvenéves közigazgatási bíróság* [Das 50-jährige Verwaltungsgericht]. Budapest, Székesfővárosi Nyomda.
67. MARTONYI, János, sen. (1972): *A közigazgatási bíraskodás bevezetése, szervezete és hatékonysága Magyarországon (1867–1949)* [Die Einführung, die Organisation und die Effizienz der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ungarn (1867–1949)]. *Acta Universitatis Szegediensis de Attila József Nominatae, Acta Juridica et Politica*, Tomus XX. Fasciculus 2.
68. MÁTHÉ, Gábor, MAKLÁRI, Iván, LOMNICI, Zoltán (2000): *Az ítélőtáblák elhalasztása és a közigazgatási bíraskodás jövője* [Die Verschiebung der Einrichtung der Tafelgerichte und die Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit]. In: BENIS-GYÓRFFY, Ilona (Hrsg.): *Tizennegyedik jogász vándorgyűlés* [Vierzehnte Juristenwandertagung], Pécs, 14.–15. Oktober 1999. Budapest, Magyar Jogász Egylet.
69. MOLNÁR, Miklós (1988): Közigazgatási bíraskodás a Német Szövetségi Köztársaságban [Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland]. *Állam és Igazgatás*, 38. Jg., H. 2, S. 183–185.
70. NAGY, Dezső Bálint (1947): A Közigazgatási Bíróság hatáskörének problémája az osztálybasorozás rendszerénél [Das Zuständigkeitsproblem des Verwaltungsgerichts beim System der Kategorisierung]. *Pénzügy és Közigazgatás*, 1. Jg., H. 9, S. 541–544.
71. NEIGER-VEJKEY, Klára (1978): *Az államigazgatási határozatok bíróság előtti megtámadása*. [Die Anfechtung von Beschlüssen der Staatsverwaltung vor Gericht]. Pécs, [s. n.].
72. NÉMETHY, Károly, LUKÁCS, György (1894): A közigazgatási bíróság törvényjavaslatairól [Zum Gesetzesentwurf über das Verwaltungsgericht]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, 10. Jg., H. 7, S. 36.
73. NÉMETHY, Károly (1897): *A közigazgatási bíróságról szóló törvény magyarázata* [Kommentar zum Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, Pesti Könyvnyomda Rt.
74. NÉMETHY, Károly (1922): A m. kir. közigazgatási bíróság fennállásának huszonötödik évfordulója [25-jähriges-Jubiläum des Bestehens des ungarischen königlichen Verwaltungsgerichts]. *Magyar Közigazgatás*, 40. Jg., H. 3, S. 1–2.

75. PAP, József (1940): Bírói jogvédelem a közigazgatásban [Richterlicher Rechtsschutz in der Verwaltung]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések és Egyéb Tanulmányok*, 8. Jg., H. 31, S. 143–159. Sonderdruck: PAP, József (1940): *Bírói jogvédelem a közigazgatásban* [Richterlicher Rechtsschutz in der Verwaltung]. Budapest, Attila Nyomda.
76. PATYI, András (2002): *Közigazgatási bíráskodásunk modelljei: Tanulmány a magyar közigazgatási bíráskodásról* [Die Modelle unserer Verwaltungsgerichtsbarkeit: Studie zur ungarischen Verwaltungsgerichtsbarkeit], Budapest, Logod Bt.
77. PATYI, András, RIXER, Ádám, KOI, Gyula (Hrsg.) (2014): *Hungarian Public Administration and Administrative Law*. Passau, Schenk Verlag.
78. PETRIK, Ferenc (1996): Százéves a közigazgatási bíráskodás [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist hundertjährig], *Jogtudományi Közlöny*, H. 9, S. 345–347.
79. RÁCZ, Attila (1990): *A törvényesség és a közigazgatás* [Die Gesetzmäßigkeit und die Verwaltung]. Budapest, Akadémiai Kiadó.
80. REICHARD, Zsigmond (1891): A közigazgatási bíróságok hatásköre [Der Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgerichte]. *Magyar Jogászegyleti Értekezések*, 7. Jg., H. 8, S. 17.
81. ROZSNYAI, Krisztina (2018): Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ungarn. In SOMMERMANN, Karl-Peter – SCHAFFARZIK, Bert (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa*. Berlin–Heidelberg, Springer Verlag. DOI: [https://doi.org/10.1007/978-3-642-41235-6\\_43](https://doi.org/10.1007/978-3-642-41235-6_43)
82. SIK, Ferenc (1984): A Közigazgatási Bíróság alkonya. 1945–1949 [Der Niedergang des Verwaltungsgerichts. 1945–1949]. *Jogtudományi Közlöny*, 39. Jg., H. 8, S. 453–458.
83. STIPTA, István (1997): *A közigazgatási bíráskodás előzményei Magyarországon* [Die Vorgeschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ungarn]. *Jogtudományi Közlöny*, 52. Jg., H. 3, S. 117–125.
84. SZABÓ, József (1946): *Demokrácia és közjogi bíráskodás* [Demokratie und Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, Hernádi Könyvkiadó Vállalat.
85. SZAMEL, Lajos, BERÉNYI, Sándor, MARTONYI, János, sen., SZATMÁRI, Lajos (1966): *Magyar államigazgatási jog. Általános rész* [Ungarisches Staatsverwaltungsrecht. Allgemeiner Teil]. Budapest, Tankönyvkiadó Vállalat.
86. SZILBEREKY, Jenő (1957): Vitás kérdések az államigazgatási határozatok bíróság előtti megtámadása köréből [Umstrittene Fragen zum Thema der Anfechtung von Beschlüssen der Staatsverwaltung vor Gericht]. *Magyar Jog*, 4. Jg., H. 8, S. 234–237.
87. SZONTAGH, Vilmos (1948): *A közigazgatási jogtudomány tankönyve*. [Das Lehrbuch der Verwaltungsrechtswissenschaften]. Debrecen, Egyetemi Nyomda. Reprint: SZONTAGH, Vilmos (2017): *A közigazgatási jogtudomány tankönyve*. Államtudományi klasszikusok sorozat 4 [Reihe Staatswissenschaftliche Klassiker 4]. Budapest, Dialóg Campus.
88. SZÜCS, István (1980): A közigazgatási bíráskodás témájának magyar kutatója. Martonyi János [Der ungarische Forscher des Themas Verwaltungsgerichtsbarkeit: János Martonyi]. *Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta Juridica et Politica*, 27. Jg., Tomus 18, S. 373–386.

89. TAKÁCS, Albert (1987): A közigazgatási bírósági jogvédelem rendszere [Das Rechtsschutzsystem des Verwaltungsgerichts]. *Jogtudományi Közlöny*, 42. Jg., H. 12, S. 675–677.
90. TAKÁCS, Albert (1989): Az alkotmányosság és a törvényesség védelme bíróságok útján 1989 [Der Schutz der Verfassungsmäßigkeit und der Gesetzmäßigkeit durch die Gerichte 1989]. *Jogtudományi Közlöny*, 44. Jg., H. 9, S. 443–455.
91. TÉRFI, Gyula (1910): *Közigazgatási bíróság: hatásköri bíróság, országos levéltár, az állami közigazgatás szervezete* [Verwaltungsgerichtshof: Organisation des Gerichts für Jurisdiktionskonflikte, des Nationalarchivs und der Staatsverwaltung]. Budapest, A Légrády Testvérek Könyvnyomdája.
92. TOLDI, Ferenc (1965): *Az államigazgatási rendelkezések megsemmisítése és megváltoztatása* [Nichtigerklärung und Änderung von Verwaltungsanordnungen]. Budapest, Közgazdasági és Jogi Kiadó.
93. TOLDI, Ferenc (1988): *A közigazgatási határozatok bírói felülvizsgálata* [Die gerichtliche Überprüfung von Verwaltungsbeschlüssen]. Budapest, Akadémiai Kiadó.
94. TRÓCSÁNYI, László, jun. (1988a): A közigazgatási bírászkodás Franciaországban [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Frankreich]. *Állam- és Igazgatás*, 38. Jg., H. 8, S. 755–765.
95. TRÓCSÁNYI, László, jun. (1988b): *A közigazgatási bírászkodás szervezete és működése egyes európai országokban: A jogintézmény elméleti alapjai és működési tapasztalatai, valamint egyes európai országok közigazgatási bírászkodására vonatkozó jogszabályok* [Organisation und Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit in einzelnen europäischen Ländern: theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen des Rechtsinstituts sowie Rechtsnormen einzelner europäischer Länder zur Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, Magyar Tudományos Akadémia.
96. TRÓCSÁNYI, László, jun. (1990): *A közigazgatási bírászkodás egyes elméleti és gyakorlati kérdései* [Einzelne theoretische und praktische Fragen der Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, Magyar Tudományos Akadémia.
97. UTTÓ, György (1988): A közigazgatási bírászkodás kialakításáról [Über die Errichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit]. *Állam és Igazgatás*, H. 9, S. 805–816.
98. UTTÓ, György (1992): A közigazgatási bíró kezdeti tapasztalataiból [Erste Erfahrungen eines Verwaltungsrichters]. *Magyar Közigazgatás*, H. 4, S. 217–221.
99. UTTÓ, György (1995): A magyar köztársasági bírászkodás jelenéről és jövőjéről [Über die Gegenwart und die Zukunft der Gerichtsbarkeit der Republik Ungarn]. *Bírák Lapja*, H. 1, S. 47–62.
100. VARGA, Zs., András, FRÖHLICH, Johanna (Hrsg.) (2011): *Közérdekvédelem: A közigazgatási bírászkodás múltja és jövője* [Schutz des öffentlichen Interesses: Vergangenheit und Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit]. Budapest, Pázmány Péter Katolikus Egyetem, Jog- és Államtudományi Kar (PPKE JÁK).
101. Wlassics, Gyula (1912): Reformjavaslat a közigazgatási bírászkodásról [Reformvorschlag zur Verwaltungsgerichtsbarkeit]. *Jogállam*, 11. Jg., H. 1–2, S. 32–43.
102. Wlassics, Gyula jubileuma [Jubiläum von Gyula Wlassics]. *Adó- és Illetékügyi Szemle*, 1915. 4. Jg., H. 5, S. 239.



103. WCLASSICS, Gyula (1924): Az alsófokú közigazgatási bíróság [Das Verwaltungsgericht der ersten Instanz]. *Jogállam*, 23. Jg., S. 1–7.
104. ZABULIK, László (1897): *A közigazgatási bíróságokról szóló törvény. 1896. évi XXVI. T.-cikk* [Gesetz Nr. XXVI des Jahres 1896 über die Verwaltungsgerichte]. Budapest, Athenaeum.
105. ZABULIK, László (1901): *A községi közigazgatásról és annak javításáról* [Über die Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Gemeinden und ihre Verbesserung]. Budapest, Grill.

**Nagy Péter** egyetemi tanársegéd, doktorandusz, a Károli Gáspár Református Egyetem Állam és Jogtudományi Kar Jogtörténeti, Jogelméleti és Egyházjogi Tanszékének oktatója. 2016-ban szerzett jogász diplomát a Károli Gáspár Református Egyetemen. Kutatásai kiterjednek a 19. századi erdélyi jogra, magánjogra és a tudománytörténetre. Több, a retrospektív bibliográfiai gyűjtésekre alapuló szakirodalomelemző tanulmány szerzője.

**Péter Nagy**, wissenschaftlicher Assistent und Doktorand, lehrt am Seminar für Rechtsgeschichte, Rechtstheorie und Kirchenrecht der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften der Károli-Gáspár-Universität der Reformierten Kirche. Er hat 2016 sein Jura-Diplom an der Károli-Gáspár-Universität der Reformierten Kirche erworben. Seine Forschungsarbeit umfasst das Recht und das Privatrecht Siebenbürgens im 19. Jahrhundert sowie die Wissenschaftsgeschichte. Er ist Verfasser mehrerer Abhandlungen, in denen er anhand retrospektiver bibliografischer Sammlungen die Fachliteratur analysiert.